

Rheinische Nachrichten

Braubacher Zeitung — Anzeiger für Stadt und Land

Mittagszeitung im Hofe St. Goarshausen.

Ercheine täglich

Abendblatt der Stadt- und Kreiszeitung.

Abendblatt der Stadt- und Kreiszeitung.
Preis: 10 Pf. pro Quartal.
Anzeigenpreis: 1.— M.

Amtsblatt der

Verantwortlicher Redakteur: A. D. m. b.

Geschäftsstelle: Friedrichstraße Nr. 18.

Redaktionslokal: 10 Uhr vormittags.

Telefon: Nr. 20.



Stadt Braubach.

Druck und Verlag der Buchdruckerei von
A. D. m. b. in Braubach.

Postkonto: Nr. 7689 Frankfurt/Main.

Bankkonto: Raiffeisen-Bank.

Bezugspreis

monatlich 3.— Mark,

durch die Post bezogen viertel-
jährlich 9.— Mark,

von denselben frei ins Haus
geliefert 9,45 M.

Nr. 280

Braubach a. Rhein, Mittwoch, den 29. Dezember 1920.

30. Jahrgang.

Zeitung für eilige Leser.

Während der Feiertage fanden zahlreiche Zwischenfälle in
Land statt. 11 Personen wurden gefoltert und zahlreiche ver-
wundet. Zwei Banken wurden ausgeplündert.

Der König von England hat die Domesday Bill für
den Fall genehmigt.

In Rom ist das Gerücht verbreitet, daß Annunzio tot
ist. Die Regionäre von Fiume haben die Brücke zwischen
Fiume und Triest in die Luft gesprengt.

Die finnische Abordnung zum Austausch der Friedens-
verträge zwischen Finnland und Rußland ist
aus Moskau abgereist.

Der allrussische Kongress.

Bei der Eröffnung des 8. allrussischen Kongresses der
Arbeiterräte sprach sich Kollin in seiner Eröffnungs-
ansprache über die internationale Lage Sowjetrusslands aus.
Er sprach sich durch die Siege so befriedigt, daß die westeuropäischen
Regierungen mit Rußland Beziehungen anzuknüpfen suchen.
Die innere Lage sei ebenfalls gut. Im März 1920
wurde die Wahrung der Sowjetregierung gegenüber noch ein
wenig schwieriger, im August äußerten sie jedoch den festen
Willen, für Sowjetrussland zu kämpfen. Vor der Sowjet-
regierung ständen gewaltige Aufgaben. Die Wirtschaft des
Landes müsse geregelt werden, gleichzeitig müßten die Inter-
essen der kleinen Bauernwirtschaft gewahrt werden, wie
auch die Aufgaben des Kongresses sein müßten. Die
Sowjetregierung habe die Gewißheit, daß sie liegen werde.
Der gegenwärtige Kongress werde, so glaube er, alles tun, um
Sowjetrussland dem Siege näher zu bringen.

Auf Vorschlag der kommunistischen Fraktionen wurde das
Präsidium einstimmig gewählt. Es besteht aus Kollin,
Larin, Trocki, Sinowjew, Kamenew, Bucharin, Rykow,
Breschewski, Enukidze, Smirnow, Tolstoj, Petrow,
Luratschew, Menderow, Orskanischew, Blachewitsch, Salin,
Kollin, Sotnikow, Scherewski, Miratowski, Mord-
schow, Sapronow, Gusew, Iwanow und Petruschkin. Die
letzten beiden Mitglieder sind parteilos. Der Kongress be-
schloß, einen Gruß an die Rote Armee, an das französische
Volkskollaborat und an die Sowjetrepublikanten, die in unserer
Revolution aufgehen, abzuschicken.

Lenin erstattete Bericht über die internationale Lage
Sowjetrusslands. Er führte u. a. aus: Wir wissen alle, wie
die polnischen Gutsbesitzer und Kapitalisten unter dem Druck
der Kapitalisten Westeuropas und den Krieg aufzuwachen.
Daher ist der Krieg ein Ende, und zwar durch einen
Frieden, der für uns vorteilhafter ist als derjenige, wel-
chen wir Polen vor dem Kriege anboten. Der Vorfriede mit
Polen ist unterschrieben. Die Politik der Entente, die
darauf gerichtet ist, sich in Kriegsfaktionen einzumischen, um
die Sowjetmacht zu vernichten, bleibt immer mehr Schiff-
bruch. Die Zahl der Reiche, die mit uns Frieden schließen,
wächst andauernd. Man kann sagen, daß der entgeltliche
Friede mit Polen in der nächsten Zeit bestimmt abgeschlossen
werden wird. Unsere geistlichen Niederlagen im Kriege mit
Polen rührten davon her, daß wir gezwungen waren, gegen
den Krieg zu kämpfen, der von Frankreich anerkannt wurde
und von den Westregierungen unerhörte Unterstützung er-
hielt. Wir wissen alle, welchen außerordentlichen Heldentum
unsere Rote Armee bewies, als sie den Krieg von entscheidenden
Schlag beibrachte. Der uns von den Weißgardisten und Im-
perialisten aufgezwungene Krieg ist nunmehr erledigt. Wir
sind nun mit vollem Verstand an das Werk des
wirtschaftlichen Aufbaues. Wir müssen
jedoch immer auf der Hut sein. Die Kriegsbereitschaft müssen
wir auf jeden Fall bewahren, um uns vor Ueberraschungs-
schlägen zu sichern. Wir müssen die Kriegsbereitschaft des Lan-
des heben. Unsere Friedensbereitschaft legte man früher als
Schwäche aus.

Zum Tode Legiens.

Wie die „D. P. R.“ hören, wird die Beerdigung Karl
Legiens voraussichtlich Freitag, den 31. Dezember, auf dem
Friedhof in Friedrichsfelde stattfinden. Um 10 Uhr vor-
mittags findet eine Trauerfeier im Berliner Gewerkschafts-
haus statt. Bei der Rudolf Wissell die Gedächtnisrede halten
wird. An dem Friedhof werden Vertreter der Internatio-
nale, des Gewerkschaftsbundes und Wollendubler als Ver-
treter des Parteivorstandes sprechen. Nach den Ansprachen
der Deputationen wird der zweite Vorsitzende des Gewerk-
schaftsbundes, Graumann, am Grab des Verstorbenen
den Nachruf widmen. Der Parteivorstand der deutschen
Sozialdemokratie hat an den allgemeinen deutschen Gewerk-
schaftsbund ein Beileidschreiben gerichtet. Legiens Nach-
folger als Vorsitzender des Gewerkschaftsbundes kann en-
dlich erst von einem Gewerkschaftskongress ernannt werden.

Der Konferenz der Verbandsvorstände steht allerdings das
Recht zu, Ersatzwahlen vorzunehmen. Der allgemeine Ge-
werkschaftskongress wählte drei Vorsitzende, und zwar außer
Legiens Graumann und Adolf Cohen, die beide die Geschäfte
einweilen weiterführen. Nachfolger Legiens im Reichstage
wird Redakteur Berner.

Erdbeben in Asien.

Aus Schanghai wird berichtet, daß das große Erd-
beben, das am 16. Dezember verzeichnet wurde, auch in der
Provinz Kansu aufgetreten ist, das ist an der Grenze des
Gebiets der großen Hungersnot. Vüngliang und andere
Städte sind zerstört worden. Die Zahl der Toten wird auf
mindestens 2000 geschätzt. Gleichzeitig wird aus Tokio be-
richtet, daß am vorhergehenden Tage ein gewaltiger
Ausbruch des Vulkans erfolgte. Das Erdbeben ist
gleichzeitig in Argentinien, Japan und China aufgetreten.

Das Elend in Wien.

Die Finanzlage der Stadt Wien ist katastrophal. Die
Behörden, die 75 Millionen Kronen zur Auszahlung bringen
sollen, haben diesen Betrag bisher noch nicht ausbezahlt
können. Sodas die Beamten mit einer Teilschuldung leben
müssen, die Stadtgemeinde Wien hat viele
Zahlungen in ausländischer Währung zu leisten, außerdem sind
noch aus der Friedenszeit und noch aus der Zeit des Krieges
Summen in ausländischer Währung zu leisten, die die Stadt
Wien nicht hat aufbringen können, sodas sich die Lage kata-
strophal gestaltet.

Papstliches Verbot.

An die Priester in Oberschlesien.

Der „Schlesischen Volkszeitung“ zufolge erließ Papst-
nord Ego, der apostolische Kommissar für Oberschlesien, eine
Rundgebung, in der es heißt:

Der Heilige Vater, der tief betrübt ist, daß der Frieden
unter den Katholiken Oberschlesiens aus politischen Grün-
den gefährdet wird, schickt mich zu Euch, um den Frieden
wiederherzustellen. Das Verbot, das wir mit Veranlassung,
die Katholiken zu bitten, die Wahrung zum Frieden nicht
zurückzuweichen und u. a. der politischen Verleumdung abzu-
lassen. Die Wahrung richtet sich vor allem an die Seelenhir-
ten, die gelobt haben, ihren heiligen Dienst im Geiste der
Liebe und Gerechtigkeit auszuüben. Ich bestimme namens
des Heiligen Vaters folgendes:

Allen Priestern jeder Nation wird aus grob unter-
sagt, im Wahlkampfgebiet Propaganda zu treiben, ihre
Privatmeinung zu äußern und bei den Wahlen ihre Stimme
abzugeben. Allen Pfarrern wird verboten, Kirchen und Schu-
len zur Erörterung der Wahlkampfangelegenheiten zu benutzen,
da diese Orte allein zur Pflege des religiösen Lebens aus-
gerichtet sind. Ich behalte mir vor, vorstehendes Verbot abzu-
ändern, jedoch bemerke ich schon jetzt, daß ich Änderungen
nur aus ganz wichtigen Gründen zulassen werde, wobei ich
keine Partei begünstigen werde. Falls ein Priester dieses
Verbot nicht befolgt, werde ich gegen ihn, wenn auch
untern mit solchen Strafen vorgehen, die zu verhängen der
Katholische Geist mich ermächtigt.

Hardings Sonderfriedensplan mit Deutschland.

Der „New York Herald“ veröffentlicht einiges über Har-
dings Stellung zu europäischen Fragen und zum Völker-
bund. Sofort nach Uebnahme der Verwaltung am 4. März
soll Frieden mit Deutschland geschlossen werden, nicht durch
Ratifizierung des Vertrages von Versailles, nicht durch Ab-
änderungen dieses Vertrages, sondern durch einen direkten
Beistand. Das bedeutet, daß Amerika mit Deutschland einen
Sonderfrieden schließen will. Die Konferenz habe der Sache
des Völkerbundes schwer geschadet, Amerika werde wohl für
immer aus der Reihe der Mandanten aus dem Völkerbunde
auscheiden.

Vom Krieg um Fiume.

Beschließung des Fiumer Hafens.

Die „Moravia Post“ meldet aus Fiume: Die italie-
nische Flotte beschließt seit dem 24. Dezember den Hafen von
Fiume.

Nach dem 24. des Generals Cavaglia trennten am
24. Dezember Kriegsschiffe vor dem Hafen von Fiume,
während die Truppen die Grenze der Regentenschaft des
Quarnero überschritten. Die Regionäre waren sich ohne ernst-
haften Widerstand auf die Stadt zurück. Für den Be-
nachbarn hatten die Truppen den Befehl, innerhalb der am
Kontingente eingenommenen Stellen zu bleiben. Die
Regionäre erklärten aber von sich aus das
Fiume und Maschinengewehren und Geschützen, wodurch
ein Corabiniert geschloß und ein Soldat verlegt wurde.
Daraufhin begannen die Regierungstruppen am 26. De-
zember die Stadt voranzutreiben.

Ergänzend wird von der Anzonia Stefani gemeldet, daß
am 24. Dezember die Regionäre den Führer einer ihnen
gegenüberstehenden Anzonia-Abteilung an V. handlungen

includen und ihn dann erschossen. Am 2. Januar 1921
besetzten die Regierungstruppen die ersten vier
Kilometer. Die Fiumer Regionäre und die
Freiwilligen in Fiume haben sich den Regierung
gegenüber.

D'Annunzios Stern im Sinken.

Nach der „Gazzetta del Popolo“ sind sämtliche Vorschläge
der Regierung des Quarnero auf Befehl d'Annunzios mobili-
siert worden. Der „Stampa“ wird gemeldet, daß die Lage
in Fiume traurig sei. Die Einwohner können sich gegen die
Lebergriffe der Regionäre nicht wehren. Der Kommandant
hat die strengsten Maßnahmen getroffen, um jede Manifesta-
tion zu unterdrücken. Der Korrespondent der Zeitung mel-
det ferner, d'Annunzio sei selbst ein Gefangener seiner Um-
gebung, die hauptsächlich aus Extremisten zusammengesetzt
sei. Die amtliche Zeitung „Tempo“ veröffentlicht die Erklä-
rung d'Annunzios, die er dem Abgeordneten gegeben hat. Glo-
ritti behauptet, daß der Widerstand der Fiumer Regionäre
unter allen Umständen gebrochen wird. Damit nicht
eine kleine Gruppe von Bürgern sich gegen den Willen
überzeuge.

Der Streit um die Mandate über die deutschen Kolonien.

Aus einem Artikel Vertinay im „Echo de Paris“ erfährt
man über die Regelung der Deutschland weggenommenen
Kolonien allerdings bemerkenswerte Einzelheiten.

Danach hätten die Vereinigten Staaten vor zehn Tagen
an die englische Regierung eine Note geschickt. Die Note
forderte, daß ihnen das Mandatsvertragsrecht mitgeteilt werde,
welches England über einzelne frühere deutsche Kolonien in
Afrika und Australien ausüben gedachte. Die amerikanische
Note erklärte, daß es nicht dem Völkerbunde, sondern
alliierten und assoziierten Mächten zukomme, die Frage der
deutschen und türkischen Kolonien zu regeln. Vertinay er-
klärt, die englische Regierung werde dem amerikanischen
Staatsdepartement zu verlegen geben, daß die amerikanische
Forderung unlogisch sei. Amerika hat den „Frieden“ von Ver-
sailles nicht ratifiziert, habe der Türkei keinen Krieg erklärt,
und fordere nun Rechte, die im Vertrage von Versailles
und Savres eingeschrieben seien. Anfangs hätten die Allii-
erten und das Exekutivkomitee des Völkerbundes sich auf fol-
gendes Vorgehen geeinigt:

Die Alliierten würden die Mandatsfrage nach ihrem
Gutdanken erledigen und der Völkerbund hätte nichts ande-
res zu tun, als dies zu genehmigen. Man begab sich an die
Arbeit. Zunächst weigerte sich England sein Mandatsprojekt
für Palästina zu veröffentlichen. Dieses weigerte es sich,
Neuerungen über die Mandate in Mesopotamien und
Syrien abzugeben. Frankreich will, daß es für Logo und für
Amerika sein Mandat B bekomme, was seine Mandatsun-
abhängigkeit einschränken würde, sondern es fordere, daß ihm
das Mandat C übertragen würde, d. h. Frankreich fordere
die einfache Annexion. Man sollte, Frankreich ein Mandat
B prima zu, welches seinen Vorschlag genehmigung gibt,
aber den Grundriss nicht erhält, daß für Kolonien in
Zentralafrika nur B-Mandate zu gewährt seien. Das die
A-Mandate, die auf die einzelnen türkischen Kolonien sich
beziehen, anfangs so ist deren Prüfung bis zur Ratifizie-
rung des Friedens von Savres verlagert.

Das Brüsseler Entschädigungsprogramm.

Ein Vertreter des „Petit Journal“ hatte Unterredungen
mit den französischen Delegierten auf der Brüsseler Finanz-
konferenz. Er erklärte, daß die deutsche Frage in Paris
schwieriger sei, als in Brüssel. Er studierte diese Frage in Paris,
während in Brüssel ein deutscher Delegierter darüber tue.
Die Berichte würden den Ministerpräsidenten der Alliierten
für eine spätere Konferenz zur Grundlage dienen. Aus der
Konferenz von Brüssel werde endlich ein gemeinsames Pro-
gramm hervorgehen, welches in freundschaftlicher Weise an-
genommen werde. Nach dem Vorschlag von Sengouy wür-
den die Bewohner der zerstörten Gebiete in Deutschland
Bestellungen machen, die sie einer deutschen Bank mit Geld
bezahlen würden, welches ihnen von einem französischen
Bureau übergeben würde, und zwar in Höhe der ihnen zu-
erkannten Entschädigungsforderungen. Die deutsche Bank,
die die französischen Bonds entgegennimmt, würde der
deutschen Lieferanten die Preise ihrer Waren bezahlen und
würden sie als Gläubiger des Reichs auf dem Wiedergut-
machungskonto einschreiben lassen. So würde die wirtschaft-
liche Wiedergeburt Deutschlands auf das engste mit dem
Entschädigungsproblem verknüpft. Der Delegierte Sengouy
erklärte, die Sachverständigen in Brüssel seien gewisser-
maßen die Sekretäre der Ministerpräsidenten, für die sie
Berichte vorbereiten. Die Deutschen hätten für diese Konfe-
renzen keine Sachverständigen entsandt. Die Deutschen hätten
die Notwendigkeit eingesehen, endlich zum Ziele zu gelangen.
Sengouy erklärte, daß er die deutschen Bonds für 1920 und
1921 studiere. Er habe sehr viele, inwieweit Deutschland
zahlungsunfähig sei. Mit Herrn von Bergmann in Paris
er diese Frage zu lösen.

100 000 Zentner Butter verborben.

Wie ein Berliner Kurz-Wirt berichtet, kaufte vor einigen Monaten die Reichsregierung im Ausland, in Holland und Dänemark, große Mengen von Butter zum Preise von 32-34 Mark ein. Etwa 100 000 Zentner Butter wurde nach Leipzig in die dortigen Molkereien gebracht. Beim Einkauf der Butter bediente sich die Reichsregierung nicht der Fachleute, sondern ließ zum Teil durch ausländische Mittelspersonen die Einkäufe vornehmen. Inzwischen hat sich die Zwangsbeschaffung der Butter in Deutschland so gelodert, daß kaum noch 15 Prozent der abzuführenden Mengen von der Reichsregierung gekauft werden können. Berlin hat beispielsweise seit Monaten überhaupt keine frische Inlandsbutter mehr erhalten. Die Reichsregierung wollte nun von ihren Vorräten in Leipzig Ware nach Berlin bringen, um sie hier auf Karten zu verteilen. Beim Öffnen der Fässer entdeckte man jedoch, daß die Lagerbutter handhoch mit Schimmel bedeckt und die Ware verborben war. Die Buttergroßhändler, die die Verteilung an den Kleinhandel leiten, verzögerten sich, bereit verborbene Butter abzunehmen. Die Reichsregierung entschloß sich nun, die Ware mit Verlust abzugeben und bot die Butter den Großhändlern zum Preise von 32 Mark an. Die Fachleute erklärten, nachdem Proben Gemisch untersucht worden waren, daß man die obere Lage Butter in den Fässern, die mit Schimmel durchsetzt war, überhaupt nicht verwenden könne, und daß der Rest ausgetrennt und mit Maschinen ausgearbeitet werden müsse, wobei natürlich weitere Verluste entstehen. Die Bearbeitung der Butter würde etwa 4 Mark pro Pfund ausmachen. Bei einer Gesamtmenge von 100 000 Zentner würden sich die Kosten auf 30-40 Millionen Mark belaufen. Die Großhändler fordern daher eine Verbilligung des Angebots.

Zur Frage der Abwanderung stimmberechtigter Oberschlesier.

Von unterrichteter Seite erfährt die „Dtsch. Wtg. Ztg.“: Gegen eine deutsche Firma ist von verschiedenen Seiten der Vorwurf erhoben worden, durch Anwerbung einer großen Zahl Oberschlesier die Abwanderung stimmberechtigter aus Oberschlesien zu veranlassen und damit der deutsche Sache in diesem lebenswichtigen Gebiet erheblichen Schaden zuzufügen zu haben. Rückfrage mit einem Vertreter der betr. Firma hat ergeben, daß der Vorwurf der erwähnte Tatbestand zugrunde liegt. Daß es der fraglichen Firma in dessen völlig fern gelegen hat, durch ihre Anwerbungen die Abstimmungschancen der Deutschen in Oberschlesien zu verringern, erhebt aus ihrer Bereitwilligkeit im Zukunft auf Anwerbungen in Oberschlesien zu verzichten und die bereits eingestellten Oberschlesier auf Kosten der Firma zur Abwanderung in die Heimat zu verleiten. Die Schädigung deutscher Interessen im Abstimmungsgebiet ist durch die rechtzeitige Aufklärung diesmal also noch verhindert worden. Der Vorfall zeigt aber, daß sich manche Kreise über die Tragweite ihrer Handlungsweise nicht im klaren sind und noch immer nicht genügend die Notwendigkeit erkannt haben, daß alles vermieden werden muß, was geeignet ist, abstimmungsrechtliche Personen aus Oberschlesien herauszuführen.

Der Reichsverkehrsminister und der drahtlose Streit.

Der Reichsverkehrsminister hat, wie wir hören, an die Direktoren ein Rundschreiben versandt, das sich mit dem drohenden Streit beschäftigt. In dem Erlaß des Reichsverkehrsministers, der sich auf den Erlaß der Reichsregierung vom 17. Dezember stützt, heißt es: Der klare und feste Standpunkt der Reichsregierung zur Frage der Beamtenstreiks ist von den Präsidenten der Direktoren mit allem Nachdruck zu vertreten, und dazu gibt das Reichsverkehrsministerium folgende Richtlinien:

1. Mit den Beamtenpflichten ist eine kreisförmige Tätigkeit inner- und außerhalb des Dienstes unvereinbar.
2. Streikaktionen innerhalb der Dienstgebäude und Räume ist unzulässig. Anschläge auf Eisenbahngelände, die zum Streik auffordern, sowie das Verteilen von Flugchriften auf diesem Gelände ist verboten.
3. Es muß alles getan werden zur Bekämpfung des Streikfriedens unter der Beamtenschaft durch Aufklärung über die schweren Folgen eines Streiks für die Beamten in

Der Mann mit der Maske.

Roman von Walter Schmidt-Dittler.
(Schluß)

Deutlich und klar lag das Bild der blauen Frau vor ihm aus dem Nebel der Vergangenheit, die gebungert und atmet, die im Schweiß ihres Angesichts mit den mageren, durchschlagenen Händen gearbeitet hatte von früh bis in die Nacht, um ihren Jungen aus dem Gymnasium zu schicken, damit er später wenigstens mal das Einjährige machen und was Besseres werden konnte. Für diese Hülle qualvoller Liebesopfer hatte er natürlich damals kein Verständnis gehabt. Der lodernde Junge hatte gedacht, das müßte eben so sein.

Er verzog ihren Einzigen nach der Art von Müttern, die auf Gottes weite Welt nichts anderes besitzen als ihr Kind. Sie betete ihn an, sie sah nur seine guten Eigenschaften, und vergaß darüber alles andere. Weil er schon war wie ein Murillo'scher Engel, züchtete sie seine Eitelkeit, weil er zärtlich war, hatte sie nur Bärtlichkeit für ihn, und weil sein kluger Kopf, seine angeborene Intelligenz ihn früh vor anderen Kindern auszeichnete, hielt sie in verlebter Blindheit seine tollen Streiche, seine kleinen Ränke und Listen für Anzeichen eines ungezügelter Genies.

Da war in der Stadt ein Mord geschehen. Dunkel erinnerte er sich, wie er damals davon gehört hatte. In der Villa, wo seine Mutter als Aufwärtin in den Morgenstunden einen Teil ihres lärglichen Einkommens verdiente, war ein alter reicher Mann ermordet und beraubt worden. Der Diener des alten Mannes war der Mörder gewesen, und als er sein Geständnis abgelegt hatte, er die Frau, die immer noch jung und begierig war, als seine Geliebte und Geliebte bei seiner Tat bezeichnet. Man hatte seine Mutter verhaftet, den wie ein Wahnsinniger brüllenden Jungen, der sich vergewaltigt in die Falten ihrer Röcke gekrallt hatte, mußten die Polizisten gewaltsam von der Gesellschaft losreißen, und als man die kleine Wohnung abschloß und Felix zu einer bekannten Arbeiterfamilie bringen wollte, lief er davon und versteckte sich tagelang — bis man ihn einspürte wie einen herrenlosen Hund.

Die Mutter beteuerte ihre Unschuld, sie erzählte unter heißen Tränen, daß der Mörder ihr nachgestellt hatte.

Wozu Stellung und für die politische und wirtschaftliche Verhältnisse überhaupt.

Die Reichsregierung und die Parteien haben bis jetzt die Notlage der Beamten durch die zur Abhilfe getroffenen Maßnahmen anerkannt und werden auch weiterhin alles zur Beseitigung dieser Notlage Erforderliche tun. Dem stehen jedoch die fortgesetzten Streikdrohungen entgegen.

Der Erlaß schließt mit den Worten: Der Reichsverkehrsminister sieht es als seine Aufgabe an, eine gerechte und, sobald es die Verhältnisse zulassen, befriedigende Lösung der Besoldungsfrage der Beamten zu finden.

Wahlniederlage der Bolschewisten.

Laut einer Habasberichts aus Moskau haben die Bolschewiken zu den russischen Sowjets eine Niederlage der Bolschewiken gebracht. In Moskau und Petersburg behaupteten die Bolschewiken kaum den dritten Teil der Sitze. In Kronstadt stehen den Bolschewiken ein Viertel Sozialrevolutionäre gegenüber. Der Sieg der Sozialrevolutionäre wird auch aus Charkow und Jekaterinowsk gemeldet. In Moskau sind die Wahlen durch einen Gewaltakt der Bolschewiken bereits annulliert. Das Schweigen der russischen Funktionen während der letzten Woche wird in Verbindung mit den Wahlniederlagen gebracht.

6 Milliarden monatlich!

Einer der deutschen Delegierten in der Brüsseler Sachverständigen-Konferenz zur Wiedergutmachungsfrage, Reichsanwalt Dr. Hagemann, hat am 16. Dezember d. Js. Auskunft darüber gegeben, wie hoch sich die Einfuhr und die Ausfuhr Deutschlands belaufen. 2 1/2 Monate vorher hatte die Reichsregierung auf dem damaligen internationalen Finanz- und Wirtschaftskongress in Brüssel eine Denkschrift über die deutsche Finanzlage eingereicht. In dieser Denkschrift war auf Grund eines gänzlich veralteten und irreführenden statistischen Verfahrens nachgewiesen, daß seit April d. Js. angeblich der Wert der an das Ausland ausgeführten Waren den der eingeführten Waren übersteige. Hieran hatten Frankreich und Belgien die Forderung geknüpft, Deutschland, daß ja nach eigener Angabe sorgfältig reicher würde, sei durchaus in der Lage, eine hohe Wiedergutmachungssumme zu zahlen. Jetzt hat Reichsanwalt Dr. Hagemann die Ziffern richtiggestellt. Während der ersten sechs Monate 1920 hat der Wert der eingeführten Waren den der ausgeführten Waren um 36 Milliarden Mark überstiegen, d. h. Deutschland zahlt monatlich sechs Milliarden Mark an das Ausland, um notdürftig leben und seine Wirtschaft beschäftigen zu können.

Man kann es den Vertretern der Verbandsmächte bei der Brüsseler Sachverständigen-Konferenz nicht verargen, wenn sie sich eine eingehende Erläuterung der von Hagemann gegebenen Ziffern aussuchen. Es ist dem deutschen Finanzmann natürlich nicht schwer geworden, das nachzuweisen, was selbst Nichtfachleute in Deutschland mehr oder minder deutlich empfanden. Was bedeutet nun der Unterschied von 6 Milliarden Mark zwischen Ein- und Ausfuhr? Die stark „passive Handelsbilanz“ — so lautet der fachmännische Ausdruck für diese Erscheinung — ist ein Zeichen, daß wir dauernd mehr verzehren als wir erzeugen und daß wir dies Mehr durch Eingabe von Geldscheinen oder Verpfändung unseres Eigentums an das Ausland bezahlen. Die Zunahme der Reichsschuld allein gibt kein voll

Die Arbeitnehmer und die Bilanzen.

Im Reichswirtschaftsrat ist die Frage gründlich erörtert worden, welche Art von Geschäftsabslüssen und Bilanzen den Betriebsräten vorzulegen seien. Von Arbeitnehmerseite ist — und keineswegs mit Unrecht — erklärt worden, die kaufmännischen Bilanzen, wie sie zu vielen Tausenden im Jahre veröffentlicht werden, gäben keinen genauen Einblick in den wirtschaftlichen Gang der Produktion und in die tatsächliche Führung des Betriebes. Darum solle eine Betriebsbilanz mit den notwendigen Unterlagen vorgelegt werden. — Von Unternehmerseite wurde dagegen eingewendet, eine solche „Betriebsbilanz“ existiere gar nicht und könne deshalb auch nicht verlangt werden. Es wurde weiter auf die Gefahr der Preisgabe von Betriebsgeheimnissen hingewiesen, die schon bei der Abfassung des Betriebskalküls selber eine erhebliche Rolle spielt hat.

monatlang, und von ihr zurückgewiesen worden war. Man gab ihr einen Verteidiger, einen jungen Anwalt, der sich redlich bemühte, die Ungläubliche zu retten. Aber die Richter glaubten ihr nicht. Man fand in ihrer Wohnung in einem Strumpf verpackt eine verhältnismäßig große Summe, gegen zweitausend Mark, und als sie händelnd beteuerte, daß dieses Geld das Ergebnis eines mehr als fünfzehnjährigen Sparens und Entbehrens für die Zukunft ihres Kindes sei, ging ein gemeinsames höhnisches Lächeln über die plumpe Lüge um den Richter. In ihrem Keller fand man außerdem eine Feile, die nachweislich dem Mörder gehörte und eine gestrichelte Dienstweste, auf der deutlich die Spuren des verstorbenen Blutes nachzuweisen waren. Daß der Elende die Sachen dort selbst versteckt haben sollte, da er wußte, daß der Keller stets offen war, glaubte natürlich keiner.

Und dann war ein furchtbarer Begegnung gegen die Ungläubliche aufgetreten in der Person des Architekten Berger, der über der Wohnung des Ermordeten in derselben Villa wohnte. Seine Aussagen waren alles über den Mord, was sich etwa zugunsten der Angeklagten in der Brust der Richter regen wollte. Er behauptete, sie im Garten am Abend des Mordes mit dem Diener gesehen zu haben, er schilderte sie als eine verworfene Person, die in ihrer Geldgier zu allem fähig sei. Was er noch alles angeführt und mit welchem Eide bekräftigt, hat Felix nie erfahren, nur das wußte er, daß auf seine Aussage der Staatsanwalt nachher keine ganze zermalende Entgegnung gegründet hatte. Berger war damals schon einer der bekanntesten und geachteten Männer der Stadt, und die eidlischen Aussagen eines solchen Zeugen mußten schwerwiegend sein für die Ungläubliche, die nur immer ihre Unschuld beteuern konnte. Auf die Aussage des Architekten Berger hat die Staatsanwaltschaft Blut um Blut Leben für Leben geordert. Und er hatte gestimmt über jede Regung des Mitleids, über jedes zaghafte Zittern der Menschlichkeit in der Brust der Richter.

Der Mörder wurde zum Tode verurteilt und dann zu lebenslänglichem Kerker verbannt. Seine Geliebte und Gehilfin wurde zu fünfzehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Der irdischen Gerechtigkeit war Genüge geschehen. —

Jeder Kenner der Verhältnisse weiß, daß die Bilanz einer großen Aktiengesellschaft Sabotage mit vielen Tausenden ist. Je nach dem Stille, in welchem eine Bilanz aufgelegt wird, kann man bequem Hunderttausende oder mehr verschwinden oder in Erscheinung treten lassen. Wie unsere Wirtschaft noch gesund war, schadet es nichts, wenn in einer Bilanz sogenannte „Stille Reserven“ hineinverrechnet worden waren. Heute, wo die großen Ansprüche der Staatlichkeit an den einzelnen eine völlige Klarstellung der Vermögensverhältnisse verlangen, und wo den Arbeitnehmern ein genauer Einblick in den Geschäftsgang gewährt werden soll, und die üblichen Handelsbilanzen nicht mehr zureichen. Es beruht aber auf einem Irrtum, wenn man glaubt, die Vorlage anderer Bilanzen bessere diesen Zustand in erheblichem Maße und mache ein Vertrauensverhältnis zwischen Unternehmer und Betriebsrat einerseits, Betriebsrat andererseits unmöglich. Was man auch über Bilanzvorlage an den Betriebsrat beschließen möge — ohne verständnisvolle Zusammenarbeit der Leiter und der ausführenden Organe läßt sich dies Problem nicht lösen.

Kleine politische Nachrichten.

Die Grenze des Saargebiets.

Wie aus Zweibrücken gemeldet wird, hat die deutsch-französische Grenzkommission ihre Arbeiten in den Grenzbezirken Zweibrücken und Hornbach abgeschlossen. Die Grenzregulierungen sind durch Notenauslaß zwischen Deutschland und dem Vorkommerrat festgelegt worden. Mit dieser Festlegung ist nunmehr die gesamte Saargebietsgrenze durchgeführt. Die weiteren Arbeiten der Kommission beziehen sich auf technische Einzelheiten und gewisse Rechte der Grenzbevölkerung.

Ein Monatsgehalt als Feuerungszulage.

Da auf Beschluß der Reichsregierung den Beamten des Monatsgehalt schon am 15. Dezember ausbezahlt worden ist und dadurch die Notlage der Beamten im Januar zu vermindern muß, besteht, wie die „Dtsch. Wtg. Ztg.“ erfährt, die Absicht, die frühere Auszahlung der Gehälter auch für die folgenden Monate anzurechnen. Dies würde im Wesentlichen darauf hinauslaufen, daß im Jahre 1920 die Gehälter von 13 Monaten bezahlt werden. Die Erwägungen hierüber sind noch nicht abgeschlossen.

Hallerfeldaten in Oberschlesien.

In Koszalin-Schoppin halten sich seit den letzten Tagen auffallend viel Hallerfeldaten auf. Diese Soldaten waren zur Aufrechterhaltung der Ordnung aus Genscha in Polen nach Sosenowice beordert worden. Jedoch hatten es viele von ihnen vorgezogen, nach dem obereschlesischen Industriegebiet zu verschwinden. Hier bedienten sie naturgemäß eine große Gefahr für die öffentliche Sicherheit. Es wurde Pflicht der internationalen Kommission, für die Ausweisung der Hallerfeldaten und für eine stärkere Absperzung der Grenzen nach Polen Sorge zu tragen.

Ultimatum der Bergarbeiter Mitteldeutschlands an die Braunkohlenwerke.

Die Verbände der im Braunkohlenbergbau beschäftigten Bergarbeiter Mitteldeutschlands, die unlängst Lohnforderungen eingereicht hatten, beschloßen auf ihrer Tagung in Halle, den Braunkohlenwerken bis 15. Januar ein Ultimatum zu stellen, andernfalls der Generalstreik verhängt wird.

Das Ende eines Kommunistenführers.

Aus Gießen wird gemeldet: Der ehemalige Volkskommandant von Gießen und Hauptbeteiligte an dem Saengerhäuser Kommunistenputsch, der Kommunistenführer Schöber, wurde dem Arbeitshaus überwiesen, weil er seit Monaten seine Frau und sechs kleine Kinder ohne Mittel ließ.

Beratungen der Völkischer-Konferenz über die Auflösung der Einwohnerwehren.

Dieser Tage traf in Paris General Nollet ein, der Präsident der internationalen Kontrollkommission, der bereits zumal die Auflösung der Einwohnerwehren gefordert hatte. Er hat mit dem Ministerpräsidenten Le g u e s eine längere Unterredung. Am Montag wird sich die Völkischer-Konferenz

Felix hatte durch die Scheiben des Wagens einen Blick auf die vorüberfliegende Landschaft, auf die wogenartigen Kornfelder, über denen die Lerchen zwitschernd emporflogen, auf die kleinen Weiler und einzelnen Windmühlen, die von der Zeit aufstauten. Der Himmel hatte sich demüht und spannte sich grau über die weite Landschaft; nur zeitweilig sah sich ein verlorener Sonnenstrahl durch die wallenden Dunstschleier und tauchte ein Stückchen Erde in goldiges Licht, um gleich wieder zu verschwinden. So hatte es damals auch ausgesehen, als man den Sohn der Verurteilten zu einem Wärter in die Zelle gebracht hatte, weit draußen in der Vorstadt. Nahe war die Arbeit, die man dort von ihm verlangte und raub waren die Hände, die ihn anfassten. Kein freundliches Wort fiel als wärmender Lichtstrahl in die plötzlich vereinsamte Kinderseele, in der es brauste und stürmte wie ein Gewitter, das mit Regengüssen und Hagelschlag in die kaum erwachten Blüten fährt und alles wegwegt, was zur Frucht und Hoffnung berechtigt. Er war ein Ausgestoßener, schon jetzt, und wurde als solcher behandelt; sein Mangel an Körperkraft bei der ungewohnten Arbeit war Pauls sein früherer Ernst und sein verschüchtertes Wesen waren Verstocktheit in den Augen seiner brutalen Erzieher. Und da wuchs er empor der wilde, unbändige Trotz in dem jungen Genist, da schoß der Haß auf, jäh und heiß gegen seine Umgebung und gegen die ganze Welt. Wenn man ihn schalt, warf er trotzig den Kopf in den Nacken, wenn man ihn schlug, kratzte und biß er um sich wie eine wilde Katze.

So lebte er mit seiner Umgebung in beständigem Krieg, so lebte er heißhungrig Tag und Nacht nach Freiheit wie das eingefangene Tier hinter Gitterstäben, und eines Sommermorgens, als er mühsam aus dem Schlaf erwachte, nahm er aus der Kommode seines Lehrherrn seine Papiere an sich, stahl aus dem wohlversteckten Buntel eine für seine Begriffe hinreichende Summe, und als spät in der Nacht die ganze Gesellschaft, Meister, Meisterin und die Gärtnerburschen, weinselig vom Volksfest zurückkehrten, stieg Felix schon in Berlin aus dem Busse.

Fortsetzung folgt.

mit der letzten Note der deutschen Meistersung bezüglich der Klüftung der Einwohnerviertel beschäftigt.

Holland lehnt die Auslieferung des Kapitänleutnants Canabans ab.

Die deutsche Regierung hatte bei der holländischen Regierung den Antrag auf Auslieferung des Kapitänleutnants Langhans gestellt, der sich während der Kapitulation in Berlin der Aufreizung zum Totschlag schuldig gemacht haben soll. Das Auslieferungsbegehren, das vor einem holländischen Gerichtshof zur Verhandlung kam, ist dem Vernehmen nach von der holländischen Regierung abschlägig beschieden worden.

Musikerstreik an den Berliner Operenbühnen.

Am 1. Weihnachtstage sind in den Berliner Operenbühnen die Musiker in den Streik getreten. Die Vorstellungen wurden trotzdem abgehalten. Die Sänger wurden von den Kapellmeistern am Klavier begleitet.

1 Million Unbeschäftigte in England.

Nach einer Privatmeldung des „Journal“ aus London ist eine rasche Lösung der Arbeitslosenfrage nötig, da die Zahl der Unbeschäftigten in England eine Million übersteigt.

Die französischen Sozialisten für Moskau.

Der Parteitag der französischen Sozialisten zu Tours stimmte mit 2916 gegen 1228 Stimmen für die 3. Internationale. Es wurde die Solidarität gegenüber der Räterepublik beschlossen. Es soll keinesfalls zu einem Bruch der Einheitsfront kommen.

Deutscher Antrag für Brüssel.

Der „Temps“ meldet aus Brüssel: Die alliierten Delegationen verlassen erst am Montag nach Weihnachten Brüssel. Bei der Abreise der Deutschen am 23. Dezember kam es auf dem Bahnhof zu einer unfreundlichen Rundgebung der belgischen Zivilbevölkerung. Die Deutschen haben vor ihrer Abreise den Antrag gestellt, daß die Alliierten der Brüsseler Konferenz nicht nur beraten, sondern auch beschließenden Charakter zuerkannt werden.

Sabotageakte in Spanien.

Die letzten Tage in Spanien waren durch verschiedene Attentate gekennzeichnet. In Sevilla explodierte eine große Bombe in einer Spinnerei und richtete schweren Schaden an. Auch in Alicante wurde ein großes im Bau begriffenes Gebäude von einer Bombe zerstört. In Bilbao richtete eine Bombe in einem Hause schweren Schaden an. Menschenleben sind nicht zu beklagen. In Frense sollen große politische Unruhen entstanden sein, worauf der Belagerungszustand verhängt werden soll.

Waffen gegen Kredite an Deutschland.

Die „Chicago Tribune“ meldet aus Washington: Falls der Kongress den Antrag auf Gewährung einer amerikanischen Kreditschuld an Deutschland in Höhe von einer Milliarde Dollars annehmen soll, so will Wilson sein Veto einlegen.

Die amerikanische Wirtschaftskrise.

„Politiken“ meldet aus New York: Infolge des hohen Dollarkurses erleidet der amerikanische Handel täglich enorme Verluste. Große Lager liegen ohne jede Absatzmöglichkeit da. Zahlreiche Firmen sind nicht imstande, die Preise zu überwinden. Die Arbeitslosen sinken ständig, und die Produktion geht langsam zurück. Das Handelsabkommen mit England wird erst im Februar in Kraft treten, doch hat England bereits in Washington gegen das Austreten Amerikas in Ostasien Protest erhoben.

Griechenland setzt die venizelistische Politik fort.

„Chicago Tribune“ meldet aus Athen: Prinz Georg, der sich nach Paris begab, hat den Kaiser, den alliierten Regierungen die Versicherung abgegeben, daß die Politik Venizelos' weiter fortgesetzt werde, und daß genügende Sicherheit für den künftigen Weltfrieden geschaffen werden soll, wenn die neue Regierung besetzt ist.

Unpolitische Tageschronik.

Breslau. (Ein Schwindel mit gefälschten Duplikatbriefen.) Einem geriebenen Schwindler, der mit gefälschten Duplikatbriefen operierte, sind mehrere Firmen in Breslau und Kalkstein i. B. zum Opfer gefallen. Vor einiger Zeit bot ein gewisser Otto Steinmann in Breslau in größeren Zeitungen Karzettel in Wagenladungen an; die Zahlungen sollte auf Bankkredit gegen Duplikatbriefe erfolgen. Der Gauner schickte nun an die betreffenden Firmen je einen Satz Karzettel ab und füllte sie darüber ausgehenden Duplikatbriefe derart, daß sie über eine Wagenladung lauteten. Mit den gefälschten Duplikatbriefen gab er die überlieferten Geldbeträge, in den einzelnen Fällen 3000–5000 Mark ab. Man konnte den Schwindler noch nicht habhaft werden. Der Fall beweist, daß bei der Auszahlung gegen Duplikatbriefe größte Vorsicht geboten ist.

Criminell. (Mauzanfall.) Ein äußerst gemeiner Raubmord wurde kürzlich auf der von Pönggenhagen nach Langenberndorf führenden Straße an einem Mädchen verübt. Bei der Täterin handelt es sich um eine etwa 25 Jahre alte Frauenderson, die das Mädchen im Dreißiger Marzthaus kennen gelernt und unter der Vorherrschaft, ihm im benachbarten Schwendeburg eine gute Stellung verschaffen zu können, nach hier verschleppt hatte. In der Nähe der Eisenbahnbrücke war das Fräulein immer beim abendlichen Gehen plötzlich eine Schür um des Hals, warf es zu Boden und würgte es bis zur Bewußtlosigkeit. Darauf entwich die Räuberin der Ueberfallenen die Taschen und einen Geldbeutel, um sich dann schleunigst auf der Haltestelle das Gesicht des Mädchens auszulassen zu lassen. Die Räuberin konnte noch nicht festgenommen werden.

Kaiserfeste. (Aus- und Einbrecher.) Im Unterhausgefängnis überfielen mehrere Gefangene während eines Spazierganges im Hofe den diensttuenden Aufseher, entkamen ihm die Schlüssel, öffneten das Haupttor und flohen. Vier von den Entflohenen sind noch nicht wieder ergriffen, darunter ein gefährlicher Einbrecher. Die geflohenen Verbrecher machen die Umgebung von Kaiserfeste unsicher. In Oberberg überfielen sie mit einem scharf geladenen Revolver einen Professor in seiner Wohnung, setzten ihm den Revolver auf die Brust, festeten ihm und seine Frau und raubten das ganze Haus aus. U. a. fielen den Verbrechern sämtliche Wertgegenstände, Schmuck und 500 Mark bar.

Geld in die Tasche. Bei der Verfolgung zweier Mörder konnte einer der Verbrecher festgenommen werden. Die anderen entkamen.

Berlin. (Ermordung an einer Neunjährigen.) Abends wurde an der Pankowbrücke in Berlin die gerühmte Leiche eines neunjährigen Mädchens aufgefunden. Die Leiche war in einem Korb verpackt. Der Korbkommission der Kriminalpolizei gelang es überraschend schnell, das Verbrechen aufzuklären und den mutmaßlichen Täter, den 25 Jahre alten Dreher Willi Birkholz, in seiner Wohnung zu verhaften. Es handelt sich um einen Mord. Die Ermordete ist die Tochter des Tapezierers Heumann aus der Pankowbrücke. Sie ist am 23. d. Mts. am Nachmittag verschunden, als sie mit ihrem achtjährigen Bruder auf der Straße spielte. Der Knabe erzählte, daß ein Mann in feldgrauer Kleidung an die Kinder herantrat und ihn befragte, ihm Streichhölzer zu kaufen. Währenddem verschleppte er das kleine Mädchen. Zahlreiche Streifenmannschaften der Kriminalpolizei wurden noch an diesem Abend auf die Suche geschickt, mit dem Ergebnis, daß es gelang, den Birkholz ausfindig zu machen. In der Wohnung des Birkholz wurde eine Durchsuchung vorgenommen, die Belästigungsmaterialien aufgab. Trotz dem ist dieser noch zu seinem Geständnis zu bewegen gewesen. Er beläutet, das Verbrechen nicht begangen zu haben, er wisse nur, daß er an dem betreffenden Tage betrunken gewesen sei. Er gibt zu, in diesem Zustande den Korb an willkürlichen Handlungen mit kleinen Mädchen zu haben. Birkholz ist auch in der Gegend als gemeingefährlicher „Kinderfreund“ bekannt und hatte wiederholt mit der Polizei zu tun. Nach der Festnahme der Mutter des Verstorbenen hat dieser tags zuvor das kleine hübsche Mädchen beobachtet und es dann mit in eine Schenkungswirtschaft genommen. Nach dem Entschluß des Gerichtspräsidenten sind die Verletzungen des Kindes so schwer, daß schon diese keinen Tod herbeiführen können. Die Leiche liegt aber auch noch im Krankenhaus. Der Mörder hat die Leiche in den Korb gepackt, diesen bis zum nächsten Tage stehen gelassen und ihn dann unter einem Baum geworfen, wo er gefunden wurde.

Vokales und Allgemeines.

Witterungsumschlag. Schon die mildere Witterung der letzten Tage hat darauf hingewiesen, daß die lange Kälteperiode, die der Dezember seither gebracht hat, eine stärkere Unterbrechung erleiden würde. Ein durchgreifender Witterungsumschlag steht nunmehr unmittelbar bevor. Ueber England ist ein sehr kräftiger Sturmwind ausgebrochen, der von stürmischen Südwestwinden begleitet, eine wesentliche Temperatursteigerung gebracht hat. Auch bei uns wird sich der Einfluß dieses Tiefdruckwirbels rasch bemerkbar machen und mildes Wetter mit Regenfällen an den nächsten Tagen zur Folge haben.

Die Zwölf-Nächte.

Von der Fülle des Aberglaubens, den das deutsche Volk aus der Zeit seiner Urväter übernommen hat, ist besonders einer bis auf den heutigen Tag erhalten geblieben: der Glaube an die Zwölf-Nächte. Dieser Glaube ist ein Rest aus der deutschen Väterzeit, nach welcher die Bewohner Aegards unter Wotan's Führung mit Kärmen und Tönen Umzug hielten, als „wälder's Heer“ durch einsame Wälder und Gebirge zogen. Wer den „Lohnboden“ begehrte, mußte sich hüten, sie durch irgend welche Taten zu erzürnen, denn sonst ergrieffen sie ihn, schleppten ihn in ein Stübchen des Berges mit sich fort und überließen ihn endlich in wilder Gegend seinem Schicksal. Diese Streifzüge der Götter veranlaßten den Kampf der Naturkräfte in der rauhen Jahreszeit. Die Nacht des Winters ringt mit dem Licht des Frühlings, der Tod mit dem Leben. Da in den Zwölf-Nächten überirdische Kräfte wirken, kann man einen Blick in die Zukunft tun. Daß die Träume dieser Nächte im Laufe des nächsten Jahres in Erfüllung gehen, steht noch heute bei manchen Leuten fest. Auch die Witterung soll in dieser Zeit für die nächsten zwölf Monate vorbildlich sein. Ursprünglich hießen die Zwölf-Nächte „wälder's Heer“, später legte ihnen der Volksmund allerlei andere Namen bei, wie Kumpelnächte, Lohngabe, hüllige Tage, krumme Tage. Meist bezeichnete man damit die Zeit vom 25. Dezember bis 6. Januar, in einigen Gegenden wird sie jedoch vom Thomas- bis Dreikönigstag oder vom 2. bis 13. Januar gefeiert. Für diese Zeit gibt es zahlreiche Vorschriften. So soll man selbst kein Holz spalten, aber den Armen im Hause noch Belieben davon abhauen lassen. In dieser Zeit gedientes Brot füllt nicht und der Getreidevorrat reicht nicht bis zum nächsten Jahre. Ferner soll man nicht schlafen, nicht über Reichtum reden, kein feuchtes Wasser über Nacht stehen lassen, keine Mäße aufhängen. Wer diese Gebote der Zwölf-Nächte übertreft, hat Unglück bei allem, was er tut, und in seinem Hause erscheinen Kröten und Kröte.

Zu

Enlvestor

zum

Portwein,

Punsch,

Cher-Samaja-um,

Cher-Weinbrand,

Likör

Jean Engel.

Gezi.

Heute abend 7.30 Uhr

Unterhaltungs-

und Tanzabend

Der Vorstand.

Männer-Gesangsverein.

Heute abend 7.15 Uhr

Probe

im Rheinberg.

Evang. Kirchenchor

Heute abend 8 Uhr

Gesangsstunde

bei Ott.

100 Lehrlinge

finden 1921 in Handwerkslehre untergeleiteten Ausbildung mit Nachweis der Befähigung zur Ausbildung von Lehrlingen zu richten an das Städtische Waisenhaus in Köln, Südgürtel 41, Post Rietberg.

*** * Berufung.** Herr Regierungsdirektor Dr. Hummerich von hier wurde in das Landwirtschaftsministerium berufen. In besonderer Würdigung seiner dem Staate bei der Regierung Koblenz geleisteten Dienste sprach ihm der Herr Regierungspräsident schriftlich seine Anerkennung und seinen Dank aus.

*** Renten.** Laut Reichsgesetz erhalten alle Empfänger von Renten, die neben ihrer Rente eine Zulage beziehen, vom 1. 1. 21. ab eine außerordentliche Beihilfe und zwar: Empfänger einer Invalidenrente (I) Invalidenrente (II) monatlich 10 Mk. Beihilfe, Empfänger einer Waisenrente (D) monatlich 20 Mk. Beihilfe; außerdem die bisherigen Zulagen (einschließlich der bisherigen Zulagen). Ueber Beihilfe Zulage und Rente ist nur eine Entlassung erforderlich.

Telepathe. Dr. Jirwas, Kriminal-Detektiv und Schüler des weltberühmten Telepaten Conrad Veitner ist soeben für eine größere Tournee durch die Länder verpflichtet und gibt bei dieser Gelegenheit einen einmaligen Experimenten. Abends hier Jirwas, der ein gebürtiger Koblenzer ist, hat überall, zuletzt in Hannover-Minden mit seinen Darbietungen allgemeine Bewunderung erregt. Die Presse schreibt, daß er die Leistungen des bekannten Labors bei weitem übertroffen hat. Staunen erregen seine Darbietungen als Fern-Telepathe, wobei er in ganz kurzer Zeit unter Benutzung eines Autos sogar die kleinsten Gegenstände wieder herbeischafft, die außerhalb der Stadt in weitem Umkreis verstreut bzw. vergraben wurden. Jeder Betrachter kann sich an den Vorstellungen beteiligen und selbst Aufgaben stellen. Je schwieriger die Experimente sind, um besser wird Dr. Jirwas dieselben in kürzester Zeit lösen.

Neujahrs-Karten

aller Art empfiehlt

Buchhandlung Lemb.

Ämliche Bekanntmachungen.

Es ist bei Strafe verboten

Hausmüll

am früheren Tennisplatz auszufüllen. Der Schuttplatz liegt hinter dem Sportplatz.

Die Polizeiverwaltung.

Auszug aus dem Gesetz betr. die öffentliche Kruppelfürsorge.

1) Ein Arzt, der in Ausübung seines Berufes der einer Person unter 18 Jahren eine Verkrüppelung wahrnimmt, ist verpflichtet, hieron binnen einem Monat unter Bezeichnung des Krüppels und der Verkrüppelung Anzeige zu erheben.

2) Wer als Arzt oder Hebammen Geburtshilfe leistet, ist verpflichtet, das mit seiner Hilfe gezeugte Kind auf die Anzeichen von Verkrüppelung zu untersuchen und, falls solche sich vorfinden, die gleiche Anzeige zu erheben.

4) Verkrüppelungen der Angehörigen, werden mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder mit Haft bis zu 4 Wochen bestraft.

§ 4) 1) Lehrer (Lehrerinnen), welche gütiglich des zur Erhaltung der gesetzlichen Schulpflicht erteilten Unterrichts oder des Erziehungunterrichts hierfür bei ihren Schülern Verkrüppelung wahrnehmen, sind verpflichtet, diese Schüler namhaft zu machen.

§ 5) Ärzte sowie Krankenpflegepersonen und sonstige Fürsorgeorgane, welche gelegentlich ihrer Berufsausübung bei jugendlichen Personen unter 18 Jahren die Anzeichen der Verkrüppelung beobachten, sind verpflichtet, diese namhaft zu machen.

§ 6) Die in §§ 3, 4, 5 vorgesehenen Anzeigen sind an das zuständige Jugendamt zu richten.

Auf diese Verordnung finden die Bestimmungen des § 4 Absatz 2 Anwendung.

§ 9) Eine Verkrüppelung im Sinne dieses Gesetzes liegt vor, wenn eine Person (Krüppel) infolge eines angeborenen oder erworbenen Faches, Gelenk-, Muskel- oder Nervenleidens oder Fehlers eines wichtigen Gliedes oder von Teilen eines solchen in dem Gebrauch ihres Körpers oder ihrer Gliedmaßen nicht nur vorübergehend derart behindert ist, daß ihre Erwerbsfähigkeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkte voraussichtlich wesentlich beeinträchtigt wird.

Wird offensichtlich, die nach obigen Bestimmungen angezeigten Personen werden aufgefordert, die nötigen erforderlichen Anzeigen ungesäumt und spätestens bis 5. Januar dem Herrn Kreisarzt in St. Goarshausen zu erstatten.

Die Polizeiverwaltung.

Vergebung von Handarbeiten.

Für den Bau von 2 Dreifamilienhäusern haben wir die Ausführung der Erd- und Maurer- und Verputzarbeiten in einzelnen oder zusammenhängenden Teilen zu vergeben. Die Unterlagen sind auf dem Stadtbauamt einzusehen, oder gegen Erstattung der Vertriebsgebühren von 15 Mk. zu beziehen. Angebote sind zum 15. Januar 1921 an den unterzeichneten Magistrat einzureichen. Die freihändige Vergabung der Arbeiten bleibt vorbehalten.

Der Magistrat.

Mitteilungen des Lebensmittelamtes.

Brotkarten-Ausgabe

morgen Donnerstag, den 30. Dezember
Form. von 8–10 Uhr für die Sachkunden 3–3
" von 10–12 " " " 4–5
Nachm. von 2–4 " " " 6–8
" von 4–5.30 " " " 8–9

Wetterbericht.

Fortgesetzt sehr mild, zu Regen neigend.
Regenhöhe am 28. D. 3, 5, 8 mm.

